

An die  
Energie-Control Austria für die Regulierung der  
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control)  
Abt. Tarife  
Rudolfsplatz 13A  
1010 Wien  
per E-Mail: [tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)

**Konsultationsentwurf zur Weiterentwicklung  
der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich, Stellungnahme**

Wien, 23. Mai 2016

Die Landwirtschaftskammer Österreich nimmt zu dem im Betreff angeführten Entwurf wie folgt Stellung:

**Allgemeine Anmerkungen**

Im Dezember 2015 wurde in Paris im Rahmen von COP21 die Dekarbonisierung des Energiesystems bis zur Mitte des Jahrhunderts beschlossen, der Klimaschutzvertrag wurde von Österreich am 22. April 2016 in New York unterzeichnet. Der Stromsektor wird unter anderem durch den deutlichen Ausbau der E-Mobilität zukünftig eine immer wichtigere Rolle in der Energieversorgung spielen. Der notwendige Ausbau der Stromerzeugung mit erneuerbaren Energieträgern ist durch einen generellen Megatrend zur Dezentralität gekennzeichnet. Die hohe Bereitschaft von KMUs, land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und der breiter Bevölkerungsschichten zur Investition in die dezentrale Stromerzeugung, die Optimierung des Stromverbrauches zur bestmöglichen Eigenbedarfsabdeckung und die Überschusseinspeisung nur der vor Ort nicht benötigten Energie sind positive Entwicklungen und tragen wesentlich zur besseren Versorgungssicherheit bei. Weiterentwicklungen neuer Technologieformen zur Stromspeicherung werden den Trend zur Dezentralität der Stromversorgung noch verstärken und beschleunigen.

Die zukünftige Ausgestaltung der Netzentgeltstruktur muss daher den Trend zur dezentralen Stromerzeugung bestmöglich unterstützen. Der vorgelegte Entwurf widerspricht aber in wesentlichen Teilen leider dieser Zielsetzung und versucht im Gegenteil nicht zukunftsfähige zentrale Stromerzeugungsformen zu erhalten. Die Einführung von neuen Entgelten oder die Absenkung von (Leistungs-)Grenzwerten bei bestehenden Entgelten sowie sonstige Überlegungen die dezentrale Versorgungsstrukturen behindern, werden abgelehnt.

Zudem wird im Zuge der Überarbeitung der Netzentgeltstruktur die Abschaffung der bereits mehrmals angesprochenen Benachteiligung heimischer Ökostromproduzenten gegenüber ausländischen Produzenten sowie gegenüber importiertem Strom durch die zu entrichtenden Entgeltkomponenten (z.B. Netzverlust-, Systemdienstleistungsentgelt) nachdrücklich eingefordert.

Generell muss das zukünftige Strommarktdesign und die zugehörige Netzentgeltstruktur an erneuerbare Stromerzeugungsformen im kleineren Leistungsbereich ausgerichtet werden. Die dezentral orientierten erneuerbaren Stromerzeugungsformen dürfen nicht in Systeme gezwängt werden, die sich an der Vergangenheit mit zentraler Stromerzeugung im großen Leistungsbereich samt entsprechenden Übertragungsnetzerfordernissen ausrichten. Die mit COP21 angestrebte Dekarbonisierung des gesamten Energiesystems erfordert auch bei den Regulatoren ein komplettes Umdenken in den dazu notwendigen Regelwerken.

### **Anmerkungen im Detail**

#### **Ad Pauschalentgelt für Überschusseinspeiser:**

Die Überlegungen zur Einführung einer Pauschalabgabe für Überschusseinspeiser von erneuerbarem Strom (z.B. aus Photovoltaik) werden sehr kritisch gesehen und wirken den Bestrebungen zur Steigerung der Energieeigenerzeugung insbesondere auf land- und forstwirtschaftlichen Betrieben entgegen.

#### **Ad Flexibilisierung der Tarifzeiten und Ausgestaltung der Ökostrompauschale:**

Eine allfällige Änderung der Tarifzeiten muss den Anforderungen von besonderen Anwendungen mit hoher Leistungsaufnahme aber geringen Stromverbräuchen, wie beispielsweise Bewässerungsanlagen, bestmöglich entsprechen.

Durch die Umstrukturierung der Ökostrompauschale im Jahr 2015 sind wirtschaftlich untragbare Mehrbelastungen bei Stromverbrauchern mit geringen Verbräuchen aber kurzfristig sehr hohen Leistungsaufnahmen (z.B. Feldeberegnungsanlagen) entstanden. Dies wirkt kontraproduktiv zur gewünschten ökologischen Stromverwendung und muss im Rahmen der Neustrukturierung der Netzentgeltstruktur beseitigt werden.

#### **Ad Sozialtarif im Stromnetz:**

Die Einführung eines gesonderten „Sozialtarifs“ im Rahmen der Stromnetzentgelte wird als nicht sinnvoll erachtet. Der Ausgleich finanzieller Nachteile sozial schwacher Kunden soll weiterhin über die Sozialgesetzgebung erfolgen, nicht aber im Rahmen der Energiepolitik bzw. der Energieabgaben mit erhöhtem administrativen Aufwand organisiert werden.

**Ad Abschaltung von Ökostromeinspeiseanlagen:**

Eine gezielte und kurzfristige Abschaltung von Einspeiseanlagen (kleiner fünf kW) wird als probates Mittel zur Vermeidung von Netzausbaumaßnahmen dargestellt. Dies erscheint eine ungerechtfertigte Benachteiligung von Ökostromanlagen gegenüber fossilen und nuklearen Stromerzeugungsanlagen zu sein und wird sehr kritisch gesehen. Die Zielsetzung des Regulators muss in Entsprechung der energie- und klimapolitischen Vorgaben sein, so rasch wie möglich Kohle- und Atomstrom aus dem österreichischen Stromnetz zu verdrängen.

Die Landwirtschaftskammer Österreich ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Punkte und steht für weiterführende Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hermann Schultes  
Präsident der  
Landwirtschaftskammer Österreich

gez. August Astl  
Generalsekretär der  
Landwirtschaftskammer Österreich